



Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 15 / Folge 49

Hamburg 13, Parkallee 86 / 5. Dezember 1964

3 J 5524 C

Moskau muß manövrieren

EK. Als nach der letzten Tagung des Parteipräsidiums und des Zentralkomitees der KPdSU vom Krenl die Liste der aus den höchsten Kommandozentralen Moskaus Entfernten und der Neuberufenen bekanntgegeben wurde, da fehlte ein Name, der Nikita Chruschtschew selbst. Der hatte zwar — angeblich — am stürmischen Tag seines Sturzes freiwillig und spontan um seine Entlassung aus den Ämtern des Regierungs- und Parteichefs und aus dem Parteipräsidium gebeten, nicht aber um seine Entlassung aus dem heute recht einflussreichen Zentralkomitee. Ob das Absicht war, oder ob der bis dahin mächtigste Mann der Sowjetunion es im Wirbel der Ereignisse übersehen hatte, daß er neben allen anderen auch noch Mitglied des ZK und Abgeordneter im Jasager-Scheinparlament des Obersten Sowjets war, bleibt offen. Es heißt, daß die neue „kollektive“ Führungsgruppe dem prominenten Staatspensionär, der heute in der Moskauer Granowskistraße Nummer 4 unter einem Dach mit dem von ihm gestützten Marschall Schukow, mit Molotow, mit Suslow und dem jetzigen Regierungschef Kossygin wohnt, nahegelegt habe, um seine Entlassung aus dem Zentralkomitee zu bitten.

Darauf habe Chruschtschew nicht reagiert und so sei denn eben nur der Herauswurf des Schwiegervaters Adschubaj, die Absetzung der Männer aus dem eigentlichen Gehirntrust des früheren Krenlchefs, der Poljakow, Charlamow, Trojanowski, Satjukow usw. bekanntgegeben worden.

Das Ersuchen anderer kommunistischer Parteien, man möge doch vor der übrigen Welt die Absetzung Chruschtschews als „normale Wachablösung“ möglichst undramatisch und harmlos erscheinen zu lassen, mag dabei mitgespielt haben, wenn das Moskauer Kommittee zu dieser Frage schweigt. Auch hier zeigt sich — wie in so vielen anderen Fällen — daß sich die jetzige Machtgruppe im Krenl einseitig auf einen Kurs vorsichtiger Lavierens und Manövrierens nach allen Seiten verweisen sieht. Eine wirklich überragende Persönlichkeit, der man die Rolle eines vierten roten Zaren zutrauen könnte, zeichnet sich bis heute nicht ab. Ob unter den elf Mitgliedern des Parteipräsidiums der 61jährige Stellvertreter des Parteichefs, Nikolai Podgorny, oder der eben erst neuberufene 46jährige Scheljepein (früherer Chef für Staatssicherheit) den Ehrgeiz ha-

ben, eine überragende Stellung einzunehmen oder Breschnjew oder Kossygin abzulösen, ist einstweilen völlig offen.

Schließlich vergingen auch im Fall Stalin und im Fall Chruschtschew Jahre, ehe die beiden Diktatoren die volle und unumschränkte Kommandogewalt erobert hatten.

Das Gros der elf „Präsidialen“ und das Zentralkomitee werden sich übrigens mit aller Macht gegen eine Wiederkehr der Alleinherrschaft stemmen. Und einstweilen vermeidet man peinlich alles, was nach einem „Persönlichkeitskult“ aussehen könnte.

Abermals „Parteireform“ ...

Von Chruschtschew reichlich verworrenen Reformplänen für Partei, Landwirtschaft, Industrie und innere Verwaltung sind die höchsten Gremien in Moskau inzwischen scharf abgerückt. Man hat ausdrücklich betont, man wolle „die Fehler und Irrtümer der letzten Jahre ausmerzen“. Die Parteibosse und „Gaulerter“ schilderten in harten Worten das Durcheinander, das durch „Nikitas“ immer neue und einander widersprechende Erlasse draußen im Apparat angerichtet wurde, das Versagen seiner Versorgungsplänen und die Rückschläge, die man erlitten hat. Die neuen Spitzenfunktionäre haben die Rückkehr zur alten Parteiorganisation beschlossen und erneut beteuert, die überragende Macht der KPdSU müsse weiter gefestigt werden. Diese Sprüche hat man — gerade auch unter Chruschtschew — immer wieder gehört. Man wird sich auch in der Parteispitze darüber klar sein, daß in Wahrheit der Funktionsapparat immer allein die Politik und die Wirtschaft der Sowjetunion beherrscht und daß es gerade das Wirken dieser roten Kontrolleure und „Planer“ war, das die schweren Paneele heraufbeschwor. Auch eine wiederholte „Reform“ der Kader kann daran kaum etwas ändern.

Den langen Instanzenweg kann auch die nicht verkürzen, die Schwerfälligkeit und Sturheit der Apparatschiks nicht überwinden.

Wieder einmal werden Sündenböcke gesucht, alte Funktionäre herausgeföhrt und andere untergebracht. Sie alle werden viel Papier verschreiben, Fragebogen versenden, dazwischenreden und kommandieren. Es bedarf mehr als eines organisatorischen Parteibaus, um hier auf einen neuen und wirklich fruchtbareren Kurs zu kommen. Stalin und seinem Nachfolger, denen es wahrlich nicht an Machtvollkommenheit fehlte, ist das in all den Jahren nicht gelungen und die neuen Herren werden erst beweisen müssen, ob sie — Doktriner wie ihre Vorgänger — aus dem Teufelskreis bolschewistischer Wirtschaftstheorien herausfinden.

Händeschütteln im Krenl

Einen Kurs vorsichtiger Manövrierens und Lavierens steuert das neue sowjetische Regime einstweilen auch außenpolitisch. Der Eifer, mit dem sich nach der Wiederwahl Johnsons das amtliche Washington und vor allem die sehr einflussreichen amerikanischen Handels- und Wirtschaftskreise Moskau anbieten, wird dem Krenl auch heute sehr nützlich erscheinen. Hat nicht schon der rote Erzvater Lenin seine bolschewistischen Jünger immer wieder ermun-



Frostklarer Wintermorgen in der Heimat

Aufn.: Mauritz

„Unerschütterliches Beharren ...“

Kossygin zu den neuen Attacken Pekings

M. Moskau. In seiner Rede zum 40. Jahrestag der Turkmenischen Sowjetrepublik hat der sowjetische Ministerpräsident Kossygin am Mittwoch in Aschabad die in den Beschlüssen des 20., 21. und 22. Parteitages und im Programm der KPdSU festgelegte Generallinie der Partei nach einem TASS-Bericht als „unerschütterlich“ erklärt.

Dieser betonte Hinweis auf die „Unerschütterlichkeit“ der genannten Beschlüsse kann nach Meinung politischer Beobachter als eine Antwort auf die in der „Roten Fahne“ am 20. November gegen Chruschtschew gerichtete, aber auch die neuen Führer der Sowjetunion treffende Kritik an der Taktik der „friedlichen Koexistenz“, der Verurteilung des stalinistischen Personenkultes, der Einstellung zu Jugoslawen einerseits und Albanen andererseits und der These gewertet werden, daß der Übergang vom „Kapitalismus“ zum „Sozialismus-Kommunismus“ in den westlichen Ländern nicht nur auf revolutionärem, sondern auch auf parlamentarischem Wege erfolgen könne.

Die Feststellung Kossyginns könne aber auch als eindeutige Antwort an den KP-Chef Indonesiens, Aidit, angesehen werden, der schon wiederholt als Verkünder chinesischer Thesen eine Revision der Beschlüsse des 20., 21. und 22. Parteitages der sowjetischen KP durch die sowjetische KP ganz offen als Anliegen der „revolutionären Massenbewegung in der ganzen Welt“ und diese Revision als den Beginn „großer neuer Wandlungen“ gefordert hatte.

In den Beschlüssen der genannten Parteitages der sowjetischen KP war sowohl die Notwendigkeit und Richtigkeit der „friedlichen Koexistenz“ (nach Moskauer Vorstellungen) zwischen Ländern mit unterschiedlichem sozialem System als auch die These von der Möglichkeit eines nichtrevolutionären Übergangs vom „Kapitalismus“ zum „Sozialismus“ in den westlichen Ländern, als auch die Forderung nach freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Jugoslawen und den jugoslawischen Kommunisten, als auch eine Verurteilung der Haltung der albanischen Kommunisten verankert und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Personenkult mehrfach festgestellt worden.

In Verlaufe seiner Rede hat Kossygin dreimal auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Hinblick auf die Versuche der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht im Westen die Verteidigungskraft und Wehrfähigkeit der Sowjetunion zu „festigen und zu stärken“.

ter, alle Angebote und Zugeständnisse der „Kapitalisten“ lächelnd einzukassieren, um gerade dadurch die Sache der roten Weltrevolution zu stärken?

Soll etwa ein fanatischer Kommunist die Briten und Amerikaner vor falschen Illusionen warnen und ihre Kredite und Industrielerntungen ausschlagen, die doch nur das rote Lager stärken können?

Der alte Mikojan und der neue Sowjetpremier Kossygin schütteln in der alten Zarenburg neunzig amerikanischen Spitzenbossen von „Big Business“ die Hände und versichern ihnen, sie könnten doch mit der so friedfertigen UdSSR

ganz große Geschäfte machen und auch für die so osthandlungsrigen Briten, deren Regierung ja ohnehin schon Moskau wie Ulbricht und Gomulka die größten Avancen macht, werde noch ein schöner Happen an Aufträgen übrig bleiben. Man kennt seine Leute und weiß, wie man mit ihnen sprechen muß. Wenn die Russen mit dem USA-Botschafter Kohler ein Abkommen unterzeichnen, wonach man seine Erfahrungen bei der Umwandlung von Meerwasser in Süßwasser durch Atomkraft austauschen will, so ist das wieder einmal ein Entgegenkommen, das die UdSSR nichts kostet und das doch in gewissen Washingtoner Kreisen wie ein weltbewegender politischer Siegfrieder wird. Über die vom Marschall Malinowski angekündigte weitere Verstärkung der Roten Armee und über seine wütenden Angriffe auf die USA schweigt die amerikanische Presse diskret. Warum das Wunschbild vom gewandelten und so einsichtigen Sowjetstaat vom Erfolg der „Friedensoffensive“ zerstört?

Die Gespräche mit Peking

Aus der Tatsache, daß sich nach den ersten kurzen Gesprächen der Rotchinesen mit der neuen Moskauer Führungsgruppe die beiden Partner nicht schon gerührt in den Armeen lagen, wollen westliche Augen schließen, der alte Konflikt der beiden roten Lager sei auch nach Chruschtschews Sturz gar nicht zu überbrücken. Wie naiv müssen jene „Experten“ sein, die da meinen, die Klüft, die im Laufe der Jahre zwischen Mao und dem Krenl aufgerissen wurde, ließe sich sozusagen im Handumdrehen schließen. In Wahrheit scheint doch der erste Erfolg, den Tschou En-lai erzielte, gar nicht gering gewesen zu sein. Chruschtschews „vorbereitende Konferenz“ für ein rotes Konzil, das die Chinesen und ihre Trabanten abstrafen und ausstoßen sollte, wird in der geplanten Form sicher nicht stattfinden. Direkte Gespräche zwischen Peking und Moskau sind offenbar vereinbart worden. Maos Beauftragte werden sie in einer sehr starken Position führen können.

Die neuen Herren im Krenl haben alle Interesse daran, sich im Gegensatz zu ihrem Vorgänger als bewährte Vorkämpfer der kommunistischen Einheit und der gemeinsamen Sache der roten Weltrevolution zu beweisen.

Sie werden auch bemüht sein, die Extratouren ihrer Satelliten wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Londons zwei Zungen

1. Bei seinem Antrittsbesuch in Bonn hatte der neue britische Außenminister Patrick Gordon Walker unmißverständlich erklärt, seine Regierung lehne die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene gemeinsame Atomstreitkraft (die Multilateral Force [MLF]) nicht ab. London werde nur zusätzlich Vorschläge für die Aufstellung der MLF mit ihren Transportschiffen, die mit Polarisraketen versehen werden sollen, machen. Über diese Vorschläge könne man dann diskutieren. Nur wenige Tage später sprach sich Premierminister Harold Wilson, der neue britische Regierungschef, vor dem Unterhaus gegen die MLF-Flotte aus, wobei er eine Reihe von Redewendungen gebrauchte, die eindeutig als Verdächtigung der deutschen Motive bei der Zustimmung zur gemeinsamen Atomstreitkraft gewertet werden müsse. Wie in den Tagen des Wahlkampfes wandle sich Wilson dagegen, daß „zu viele Finger am atomaren Abzug“ sein würden. Er sprach sich auch gegen die gemischte Benennung solcher Schiffe mit Polarisraketen aus. Dieses neue Mißtrauensvotum vor allem gegenüber Deutschland erfolgte, obwohl gerade Wilson darüber informiert sein muß, daß der Plan für die MLF ausschließlich den Vereinigten Staaten die Einsatzmöglichkeit gibt. Wilson ließ sich von britischen Unterhaus eine umfassende Vollmacht für seine Verhandlungen mit Präsident Johnson am 7. Dezember in Washington geben. Es wurde nicht völlig deutlich, ob Wilson bei diesen Verhandlungen auch den Verzicht auf eine eigene englische nationale Atomrüstung ausdrücken wird, wie er vor allem vom linken radikalen Flügel seiner

Partei und auch von manchen prominenten Mitgliedern der jetzigen Labourregierung vor den letzten Wahlen deutlich geordert worden ist.

In der Weltöffentlichkeit wird betont, daß die Stellungnahme Harold Wilsons, der faktisch sogar seinen eigenen Außenminister damit desavouierte, eine vollkommen neue politische Situation geschaffen hat. Sogar einige führende amerikanische Zeitungen betonen, daß die britische Labourregierung zu der Politik aus der Zeit vor den Wahlen zurückgekehrt sei und daß damit die amerikanischen Pläne für die Schaffung der Multilateralen Atomstreitkraft in der NATO einen schweren Schlag erhalten habe. Das Weiße Haus und das amerikanische Staatsdepartement nahmen zu Wilsons Rede nicht Stellung. Man will hier offenbar das Ergebnis der Gespräche mit dem britischen Premier in Washington selbst abwarten. Im Unterhaus wichen die zuständigen Minister den dringenden Fragen der Konservativen aus, ob Wilson an der Vorbehaltklausel jenes Abkommens von Nassau festhalten werde, in dem Präsident Kennedy dem damaligen Ministerpräsidenten Macmillan das Recht einräumte, die britischen atomaren Streitkräfte im Falle eines nationalen Notstandes zurückzuziehen und für eigene Zwecke einzusetzen. Es kam im britischen Parlament zu einer Abstimmung, bei der Wilson eine Mehrheit von 25 Stimmen erhielt, weil auch die Liberalen sich auf seine Seite schlugen.